



**ILLUSTRIERENDE PRÜFUNGSAUFGABEN
FÜR DIE SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG**

Teil 1: Beispielaufgaben

Die Illustrierenden Prüfungsaufgaben (Teil 1: Beispielaufgaben, Teil 2: Erläuterungen und Lösungsvorschläge) dienen der einmaligen exemplarischen Veranschaulichung von Struktur, Anspruch und Niveau der Abiturprüfung auf grundlegendem bzw. erhöhtem Anforderungsniveau im neunjährigen Gymnasium in Bayern.

Politik und Gesellschaft
erhöhtes Anforderungsniveau

Arbeitszeit: 270 Minuten

Der Prüfling bearbeitet eine der vier Aufgaben.

Hilfsmittel ist die zugelassene Textausgabe des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung. Diese darf keine Kommentare enthalten; Hervorhebungen und Verweisungen sind gestattet.

Prüfungsteil A		BE
1	Stellen Sie den politikwissenschaftlichen Friedensbegriff dar!	14
2		28
2.1	Ermitteln Sie die grundlegenden Zielsetzungen der deutschen Außenpolitik aus der Rede der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats in Mali im Jahr 2022 (M 1)!	
2.2	„Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit, ohne dieses Mindestmaß an militärischem Schutz wird es eine politische Arbeit gerade auch von der internationalen Gemeinschaft dort kaum weiter geben können.“ (Z. 32-34) Begründen Sie ausgehend von M 1, dass in der bundesdeutschen Außenpolitik ein umfassender Sicherheitsbegriff umgesetzt werden sollte!	
3	In Ihrem Leistungsfach Politik und Gesellschaft entwickeln Sie in Gruppen digitale Pinnwände zum Thema „Beitritt in die EU – Zukunft durch Erweiterung?“ Als Gruppensprecherin bzw. Gruppensprecher sollen Sie die digitale Pinnwand in Ihrem Kurs vorstellen. Verfassen Sie unter besonderer Berücksichtigung der digitalen Pinnwand (M 2) einen Vortragstext, in dem Sie zentrale Voraussetzungen für einen EU-Beitritt erläutern sowie Chancen und Herausforderungen einer Erweiterung aus Sicht der EU beurteilen!	25
4	In einer Rede in Straßburg im Mai 2022 stellte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron als Alternative zu bisherigen Beitrittsverhandlungen die Idee einer „politischen europäischen Gemeinschaft“ vor. Erläutern Sie den Vorschlag Macrons im Zitat (M 3) vor dem Hintergrund eines ausgewählten Szenarios zur zukünftigen Entwicklung der EU!	18
Prüfungsteil B		
5	Bearbeiten Sie die Ausweitung zu 13/1 <u>oder</u> 13/2!	35
		120

Material 1: Außenministerin Annalena Baerbock äußert sich in der Bundestagsdebatte zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) am 11.5.2022

Die Bundeswehr befindet sich seit 2013 im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali. Die Außenministerin trat noch im Mai 2022 erfolgreich für eine Verlängerung des Mandats ein. Der Deutsche Bundestag beschloss jedoch im November 2022 mehrheitlich den Abzug deutscher Truppen bis spätestens Mai 2024, aufgrund der veränderten Position der malischen Regierung erscheint ein früherer Abzug aber wahrscheinlich.

5 „Wir schlafen nicht, wir haben Angst“, das waren die Worte, die uns, den Kolleginnen und Kollegen, die mich auf der Reise nach Mali begleitet haben, als Allererstes gesagt wurden, als wir bei 45 Grad im Schatten zusammensaßen in Gao, wo wir unsere dort stationierten Soldatinnen und Soldaten im Rahmen von MINUSMA besucht haben. [...] Wir haben gemeinsam die Menschen dort vor Ort gefragt: Was braucht ihr als Allerwichtigstes? – Die Antwort kam sofort: Sicherheit. Sicherheit. Sicherheit.

10 Und genau darum geht es bei diesem MINUSMA-Mandat. Es geht auch um unsere eigene Sicherheit, weil wir nicht wollen, dass im Sahel Rückzugsräume für international vernetzte Terrororganisationen entstehen, für Organisierte Kriminalität. Denn wir wissen: Wenn sich MINUSMA aus Mali zurückziehen würde, dann würde das Vakuum noch mehr von anderen Kräften gefüllt. Das gilt für islamistische Kämpfer, aber das gilt eben auch für russische Kräfte. Die Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch malische und russische Truppen, die wir in den Zeitungen hier lesen und natürlich auch vor Ort gehört haben, sind furchtbar. Sie zeigen auf ganz deutliche Weise, worum es hier für uns auch geht, nämlich uns gemeinsam mit den Menschen vor Ort diesen Kräften entgegen-

15 zustellen, die nichts auf Menschenrechte geben, nichts auf Demokratie und nichts auf eine regelbasierte Ordnung. [...] Genau in diesem Moment nehmen wir weiter unsere Verantwortung in der Welt wahr. Gerade jetzt! Auch das ist die Botschaft, die wir mit der Unterstützung dieses MINUSMA-Mandats senden.

20 Deutschland ist der größte westliche Truppensteller in Mali. Wir bringen dort Fähigkeiten ein, die andere Beteiligte praktisch nicht ersetzen können: Heron-Drohnen, Transporthubschrauber. Wir sind in Gao Anlehnation für Belgien, Estland, Irland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, die Schweiz. Das heißt: Die Soldatinnen und Soldaten aus diesen Ländern sind auch auf unseren Schutz und die Unterstützung der Bundeswehr angewiesen. Würden wir uns heute entscheiden, diesem Mandat nicht zuzustimmen, hieße das, dass wir uns eben auch aus dieser Verantwortung gegenüber den anderen zurückziehen. Ich glaube, dann droht ein Dominoeffekt, der die Mission im Ganzen schwer treffen würde, und zwar nicht nur die westlichen Truppensteller, sondern dann auch – das ist ja ein breite UN-Mission – die Truppensteller aus Bangladesch, Sri Lanka, Niger oder dem Senegal. Als wir dann gemeinsam weitergereist sind in den Niger, haben wir gesehen, dass das auch Effekte auf dieses Land und seine demokratische Regierung hätte. [...] Ich möchte hier allerdings ganz deutlich

30 sagen: Diese MINUSMA-Mission sichert nicht die malische Regierung ab. Der Einsatz unterstützt die malische Bevölkerung [...]. Natürlich wissen wir, dass es für Stabilität mehr braucht als Militär. Diese Mission allein wird nicht für Stabilität sorgen. Aber andersherum gilt eben auch: Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit, ohne dieses Mindestmaß an militärischem Schutz wird es eine politische Arbeit gerade auch von der internationalen Gemeinschaft dort kaum weiter geben können. Das hieße dann auch, dass unser Engagement im Dialogprozess in den Regionalkommunen vor Ort, gerade auch im medizinischen Bereich, im Klimaschutzbereich, im Menschenrechtsbereich so nicht

35 weitergehen könnte. [...]

Wir als deutsche Bundesregierung schlagen in dem Mandat vor, dass wir personell von 1 100 Soldaten auf 1 400 aufstocken und technisch vor allen Dingen den Flughafenbetrieb weiter unterstützen; denn natürlich gilt die Verantwortung für Sicherheit nicht nur den Menschen vor Ort, sondern auch unseren Soldatinnen und Soldaten. Deswegen sagen wir in diesem Mandatstext auch sehr deutlich: Wenn der Schutz für deutsche Soldatinnen und Soldaten nicht mehr ausreichend gewährleistet werden könnte, dann werden wir natürlich unseren Beitrag anpassen und, wenn nötig, auch beenden. [...] Wir möchten die deutliche Botschaft setzen: Deutschland zieht sich in der Welt nicht zurück. Trotz und gerade wegen des Krieges in der Ukraine bleiben wir international im Rahmen der Vereinten Nationen engagiert. [...] Wir zeigen Flagge für die Sicherheit der Menschen in Mali und für unsere gemeinsame internationale Sicherheit.

Annalena Baerbock: Rede von Außenministerin Annalena Baerbock in der Bundestagsdebatte zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-bt-minusma/2526052>, heruntergeladen am 13.07.2023).

Material 2: Screenshot einer digitalen Pinnwand zum Thema „Beitritt in die EU – Zukunft durch Erweiterung?“

Meinung aus unserem Planspiel
 Ich fand es wirklich spannend, wie es uns im Planspiel doch noch gelungen ist, einen Kompromiss zu finden. Am Ende des Tages brauchen viele Länder wirtschaftliche Unterstützung und verfolgen ähnliche Werte, für das gemeinsame Ziel weicht man dann doch vom eignen Standpunkt ab.
 Lea, Schülerin der Q12

Zukunft?
 EU, Westbalkan, Beitrittskandidaten
 Verhandlungen zugesagt
 Verhandlungen
 Kein Kandidatenstatus

1. Montenegro 10,6 Millionen
 Verhandelt mit der EU über Beitritt

2. Serbien 17,0 Millionen
 Verhandelt mit der EU über Beitritt

3. Nord-Mazedonien 12,1 Millionen
 Verhandlungen seit März 2020 von EU zugesagt

4. Albanien 12,9 Millionen
 Verhandlungen seit März 2020 von EU zugesagt

5. Kosovo 1,8 Millionen
 Assoziierungsabkommen seit 2016, noch kein Verhandlungstermin

6. Bosnien-Herzegowina 13,5 Millionen
 Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, noch kein Verhandlungstermin

Quelle: EU | Nicht von allen EU-Mitgliedern als Staat anerkannt

Beitritt in die EU - Zukunft durch Erweiterung?

Auszug aus dem Eurobarometer vom April 2022 - Meinung aus Deutschland
 71% Die Ukraine ist Teil der europäischen Familie
 66% Wenn sie bereit ist, sollte die Ukraine der Europäischen Union beitreten

Gegenwart
 Mitglieder der Europäischen Union
 Kopenhagener Kriterien
 Karte der EU-Mitglieder. Staaten, die Mitglieder der EU sind, sind auf der Karte blau hervorgehoben.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 14.9.2022 in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union:
 Dieser Wendepunkt in der Weltpolitik erfordert ein Überdenken unserer außenpolitischen Agenda. Es ist Zeit, in die Macht der Demokratien zu investieren. [...] Das beginnt bei den Ländern, die sich bereits auf dem Weg in unsere Union befinden. Wir müssen ihnen bei jedem Schritt auf diesem Weg zur Seite stehen. Denn der Weg zu einer starken Demokratie und der Weg zu unserer Union sind ein und derselbe. Deshalb möchte ich die Menschen des westlichen Balkans, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens wissen lassen: Sie gehören zu unserer Familie, Ihre Zukunft liegt in unserer Union, und unsere Union ist ohne Sie nicht komplett!

eigene Zusammenstellung auf Basis von Bundeszentrale für politische Bildung: Karte „Mitglieder der Europäischen Union“ (<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/286912/eu-mitgliedstaaten/>, heruntergeladen am 13.07.2023), Auszug aus Europäische Kommission: Flash-Eurobarometer 506. Reaktion der EU auf den Krieg in der Ukraine, basierend auf Interviews vom 13.04 – 20.04.2022 (<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2772>, heruntergeladen am 13.07.2023), Deutsche Welle:

Infografik „EU, Westbalkan, Beitrittskandidaten“, in: Nenad Kreizer: Konferenz in Berlin: „Finden die Westbalkan-Länder doch den Weg in die EU?“ (<https://p.dw.com/p/4lvqW>, heruntergeladen am 12.06.2023) und Ursula von der Leyen: Rede zur Lage der Europäischen Union (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_22_5493, heruntergeladen am 12.07.2023).

Material 3: In einer Rede in Straßburg im Mai 2022 stellte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron als Alternative zu bisherigen Beitrittsverhandlungen die Idee einer „politischen europäischen Gemeinschaft“ vor

Die Europäische Union kann aufgrund ihres hohen Grades an Integration und ihrer ehrgeizigen Ziele kurzfristig nicht das einzige Mittel sein, den europäischen Kontinent zu strukturieren. [...] Wie sollte Europa aus politischer Sicht und über die Europäische Union hinaus organisiert werden? Es ist unsere historische Pflicht, heute eine Antwort auf diese Frage zu finden und etwas zu schaffen, das ich hier eine „politische europäische Gemeinschaft“ nennen möchte. Diese neue europäische Organisation würde es den europäischen demokratischen Nationen, die an unserem Wertefundament festhalten, ermöglichen, einen neuen Raum der politischen Zusammenarbeit, der Sicherheit, der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Verkehr, Investitionen, Infrastruktur, Personenverkehr und insbesondere unserer Jugend zu finden. Sich dieser Gemeinschaft anzuschließen, müsste nicht zwangsläufig zu einem Beitritt zur Europäischen Union führen, genauso wie sie auch jenen, die die EU verlassen haben, nicht verschlossen bliebe.

Emmanuel Macron: Rede des französischen Präsidenten anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas (<https://presidence-francaise.consilium.europa.eu/de/aktuelles/speech-by-emmanuel-macron-at-the-closing-ceremony-of-the-conference-on-the-future-of-europe/>, heruntergeladen am 23.04.2023).

Prüfungsteil A

- | | | |
|------------|---|----|
| 1 | Legen Sie zentrale Ideen des Liberalismus zur Gestaltung des Verhältnisses von Individuum und Staat dar! | 15 |
| 2 | Im Herbst 2022 kam es zu Protesten gegen das iranische Regime. | 30 |
| 2.1 | Arbeiten Sie aus M 1 die Ursachen der Proteste im Iran heraus! | |
| 2.2 | Diskutieren Sie ausgehend von M 1 Möglichkeiten und Grenzen der Unterstützung der iranischen Protestbewegung durch das demokratische Ausland! | |
| 3 | Ihr Kurs im Fach „Politik und Gesellschaft“ organisiert eine Ausstellung zum Thema „Utopien und Dystopien – Spiegel der Probleme unserer Zeit?“. Bei der Vorbereitung werden Sie auf die Graphic Novel „1984“ aufmerksam. | 40 |
| 3.1 | Analysieren und interpretieren Sie den Auszug aus der Graphic Novel „1984“ (M 2) im Hinblick auf das dargestellte Verhältnis von Individuum und Staat! | |
| 3.2 | Beurteilen Sie, inwiefern der Auszug M 2 geeignet ist, aktuelle gesellschaftliche und politische Herausforderungen weltweit zu veranschaulichen! | |

BE

15

30

40

35

Prüfungsteil B

- | | | |
|----------|---|----|
| 4 | Bearbeiten Sie die Ausweitung zu 13/1 <u>oder</u> 13/2! | 35 |
|----------|---|----|

120

Material 1: Die Journalisten Karin Senz und Thomas Seibert analysieren für den Onlineauftritt des Deutschlandfunks am 8. Oktober 2022 die Proteste im Iran und ihre Folgen

Vor gut einem Jahr kommt der ultra-konservative Ebrahim Raisi an die Macht, durch eine Wahl, die keine ist. Der Wächterrat¹ streicht sämtliche echte Oppositionelle von der Kandidatenliste. Nicht mal die Hälfte der Iraner macht bei der Wahl überhaupt noch mit. 13 Prozent geben eine ungültige Stimme ab. Nicht wählen kann negative Konsequenzen haben. [...] Die Depression der vergangenen Monate und Jahre hat sich in eine unglaubliche Energie und Entschlossenheit verwandelt. Nur so schaffen es die Demonstrantinnen und Demonstranten weiterzumachen, trotz massiver Gewalt der Sicherheitskräfte und stark eingeschränktem Internet. [...]

Die iranischen Behörden wissen, dass zwei von drei Bürgern des Landes mit seinen 80 Millionen Menschen die sozialen Medien nutzen, besonders WhatsApp und Instagram. Damit können sie Bilder und Videos von Protesten veröffentlichen und Kundgebungen organisieren. Der Staat versucht, das zu verhindern, hat bisher aber nicht zu Total-Blockaden des Internets gegriffen wie bei der letzten Protestwelle 2019. Die Behörden hätten inzwischen bessere technische Mittel, um die Vernetzung der Demonstranten gezielt zu stören, ohne das gesamte Internet kappen zu müssen, sagt die Internet-Expertin Mahsa Alimardani von der Londoner Organisation ‚Artikel 19‘, die sich weltweit für Meinungsfreiheit einsetzt und von der EU-Kommission unterstützt wird. So blockieren Polizei und Justiz (im Iran) jetzt Instagram und WhatsApp [...]. Doch die Demonstrantinnen und Demonstranten erhalten Unterstützung. Die amerikanische Regierung lockert wegen der Proteste ihre Sanktionen gegen Teheran für die Internet-Technologie. US-Firmen können iranischen Verbrauchern jetzt Software zur Umgehung von Internetsperren oder Instrumente für Video-Konferenzen anbieten. [...] „Was die USA angekündigt haben bezüglich der Lockerung der Sanktionen, was das Internet angeht, das könnte vielleicht mittelfristig, langfristig der einfachen Bevölkerung im Iran einigermaßen helfen. Aber kurzfristig, also inmitten dieses Aufstands, kann es gar nicht helfen.“ [...]

Am Freitag, den 16. September, stirbt Mahsa Jina Amini² in Polizeigewahrsam. [...] Sehr schnell gibt es in vielen Städten im ganzen Land Proteste, die bis heute anhalten – trotz massiver Gewalt durch die Sicherheitskräfte. Sie alle haben das gemeinsame Ziel, das Regime zu stürzen, meint die Menschenrechtsaktivistin [Narin] Alxas [...].

Die Proteste, die von dieser Wut ausgelöst wurden, erschüttern nicht nur den Iran, sondern auch die internationale Politik. Seit anderthalb Jahren ringen der Iran und der Westen um ein neues Atomabkommen, das den Bau einer iranischen Atombombe verhindern soll. Im Gegenzug sollen die Wirtschaftssanktionen gegen den Iran gelockert werden. Nach monatelangem Ringen stehen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluss – aber jetzt erschwert die Protestwelle im Iran eine Einigung. Westliche Politiker wollen sich nicht dem Vorwurf aussetzen, das iranische Regime mit Milliardensummen aus dem Sanktionsabbau zu unterstützen, während in Teheran auf Demonstrantinnen und Demonstranten geschossen wird. Dabei sind beide Seiten grundsätzlich an einer neuen Vereinbarung interessiert. Der Iran braucht dringend mehr Zugang zu den Weltmärkten für sein Öl, um die heimische Wirtschaft aus der Dauerkrise zu holen. [...] Auch die USA und Europa wollen einen

¹ Wächterrat: Der Wächterrat besitzt eine wichtige Stellung im Iran. Er ist z. B. für die Zulassung der Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten oder für ein Parlamentsmandat zuständig. Der Wächterrat besteht aus zwölf Mitgliedern. Die Hälfte der Mitglieder sind Geistliche, die vom religiösen Führer ernannt werden. Vervollständigt wird der Wächterrat durch Rechtsgelehrte.

² Die 22-jährige Mahsa Jina Amini war von der iranischen Sittenpolizei verhaftet worden, weil sie gegen die Kleidervorschriften des Regimes verstoßen habe. Sie habe ihr Kopftuch nicht korrekt getragen. Die iranischen Behörden behaupten, sie sei nach der Verhaftung wegen einer Vorerkrankung an einem Herzinfarkt gestorben. Ihre Familie bestreitet Vorerkrankungen. Zeugen bestätigen erhebliche Gewaltanwendung bei der Inhaftierung durch die Sittenpolizei.

neuen Atomdeal, weil sie befürchten, dass der Iran ohne die Fesseln eines neuen Atom-Abkommens bald in der Lage sein wird, eine Atombombe zu bauen. [...]

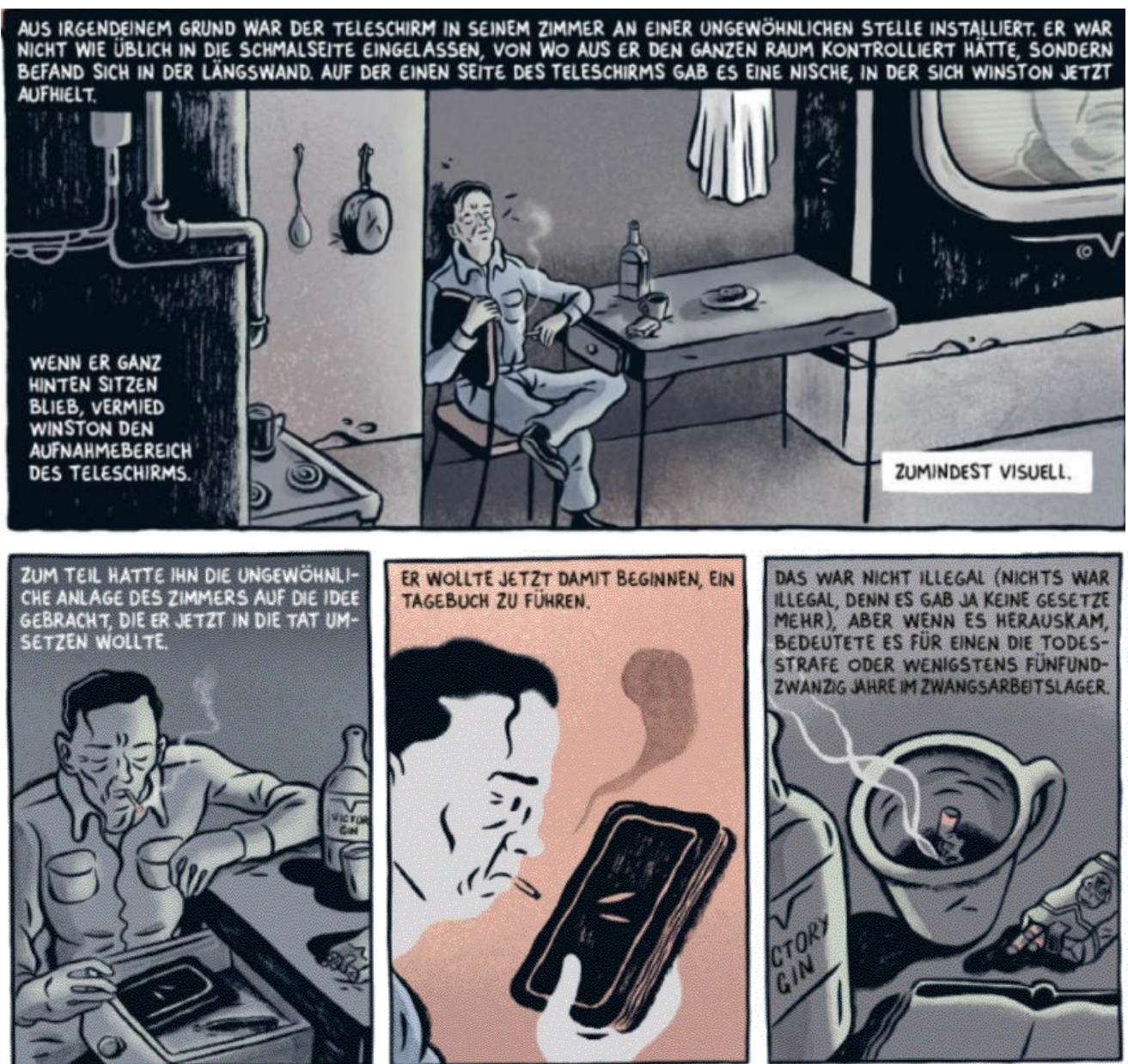
40 Adnan Tabatabai von der Nahost-Denkfabrik Carpo in Bonn findet, dass es sich lohnt, weiter eine Einigung anzustreben – nicht zuletzt, um der verarmten iranischen Mittelschicht zu helfen: „Für mich sprechen zwei Dinge dafür. Das eine ist, dass man verhindern will, dass Iran in den Besitz einer Nuklearwaffe kommt, und dafür ist das Atomabkommen mit all den Kontrollmechanismen, die darin verankert sind, das effektivste Tool. Das zweite ist, dass man in den Jahren vor allen Dingen nach dem Ausstieg der Amerikaner durch die Sanktionen die Mittelschicht Irans [...] – zusätzlich zu dem, 45 was es in Iran selbst an Missmanagement und Korruption gibt – [...] sehr geschwächt hat, also, dass man wirklich breite Teile der Bevölkerung in wirtschaftliche Nöte bringt mit diesen Sanktionen, und eben nicht die politische Elite trifft. [...]“

Keines der unzähligen Videos auf Social Media lässt sich eindeutig verifizieren. Aber es ergibt sich daraus das Bild einer neuen Generation von Demonstrantinnen und Demonstranten, die sich den 50 Sicherheitskräften und Vertretern des Regimes entgegenstellen.

Senz, Karin; Seibert, Thomas: Unruhen im Iran. Auftakt einer neuen Revolution? (<https://www.deutschlandfunk.de/iran-unruhen-protest-revolution-100.html>, heruntergeladen am 23.11.2022).

Material 2: Auszüge aus der Graphic Novel „1984“ von George Orwell in Adaption und Illustration von Fido Nesti

Der Roman „1984“ wurde im Jahr 1948 von George Orwell verfasst bzw. fertiggestellt. Sein Titel „1984“ spielt auf eine zum Zeitpunkt der Entstehung entfernte Zukunft an. Im Jahr 2021 erschien die auf dem Roman basierende Graphic Novel mit Zeichnungen von Fido Nesti. Die Dystopie spielt im fiktiven Ozeanien, das von einer sozialistischen Partei und insbesondere von der Führerfigur namens „Der große Bruder“ beherrscht wird. Im Zentrum der Dystopie steht Winston Smith, ein untergeordneter Staatsbediensteter. Der Kontrolle der Bevölkerung dienen unter anderem die so genannten Teleschirme, Bildschirme mit integrierter Kamera und Mikrofonen, die in nahezu jedem Raum installiert und ständig eingeschaltet sind. Zudem senden sie staatliche Propaganda.



George Orwell und Fido Nesti: 1984, Berlin 2021, S. 13 und 14, zu Prüfungszwecken gekürzt.

III

MODERNISIERUNGSPROZESSE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF GESELLSCHAFT UND POLITIK

Prüfungsteil A

- | | | |
|------------|---|-----------|
| 1 | Stellen Sie die vier grundlegenden Dimensionen des Modernisierungsprozesses im Überblick dar! | 15 |
| 2 | | 36 |
| 2.1 | Arbeiten Sie aus dem Text von Heike Holdinghausen (M 1) Grundlagen der betrieblichen Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Maßnahmen zur Stärkung betrieblicher Mitbestimmung angesichts der Herausforderungen durch Robotik und KI heraus! | |
| 2.2 | Beurteilen Sie ausgehend von Text M 1, inwiefern die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Digitalisierung in der Arbeitswelt ausreichend gewährleistet ist! | |
| 3 | | 34 |
| 3.1 | Analysieren Sie die Statistik M 2 und bewerten Sie anschließend, inwiefern sie geeignet ist, die Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der deutschen IT-Branche darzustellen! | |
| 3.2 | Erläutern Sie zwei staatliche Strategien zur Verringerung der sozialen Ungleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt! | |

Prüfungsteil B

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 4 | Bearbeiten Sie die Ausweitung zu 12/1 <u>oder</u> 12/2! | 35 |
|----------|---|-----------|

BE

15

36

34

35

120

Material 1: Die Journalistin Heike Holdinghausen bewertet im „Atlas der digitalen Arbeit“ vom Mai 2022 die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Mitbestimmung in Zeiten der Digitalisierung

Die betriebliche Mitbestimmung hat in Deutschland eine lange Tradition. [...] Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gehen die Ursprünge des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) zurück, das 1952 in der Bundesrepublik in Kraft trat und bis heute gilt. Es bildet die rechtliche Grundlage für die Betriebsräte, die in privatwirtschaftlichen Unternehmen ab einer Größe von fünf Beschäftigten gegründet werden dürfen und über Einstellungen und Versetzungen, Arbeitszeiten oder Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung mitentscheiden. Ziel der jüngsten Reform des Gesetzes vom Juni 2021¹ war ausdrücklich, das Gesetz den Erfordernissen der neuen Arbeitswelt anzupassen. [...]

Die Digitalisierung berührt die Mitbestimmungsrechte der Belegschaften an Stellen, die noch vor zehn Jahren nicht vorstellbar waren. Erstes Beispiel: Die Geschäftsführung eines Konzerns kauft für die Personalabteilung eine Software, die in ihren Einstellungsverfahren eine Vorauswahl unter Bewerbungen trifft. Damit greift sie in die Befugnisse des Betriebsrats ein. Laut § 99 BetrVG muss er über eine Einstellung informiert werden und ihr zustimmen. Um das seriös tun zu können, muss der Betriebsrat wissen, wie die Software arbeitet, also nach welchen Kriterien sie ausgewählt hat. Schließlich könnte sie diskriminierende – und damit unerlaubte – Kriterien an die Bewerbungen anlegen und sie etwa nach Geschlecht oder Alter sortieren. Seit der Reform des BetrVG kann sich der Betriebsrat hier von Sachverständigen informieren lassen, die der Arbeitgeber finanziert. Sie erleichtert dem Betriebsrat den Zugang zu ihrer Expertise, um die Folgen künstlicher Intelligenz für die Beschäftigten beurteilen zu können.

Zweites Beispiel: Ein Versandhandelsunternehmen führt Roboter ein, die Beschäftigten in Logistikzentren helfen, Waren in Regalsystemen aufzufinden. Weil die künstliche Intelligenz eine Schnittstelle [...] aufweist, kann sie Daten etwa über [die] Schnelligkeit [der Beschäftigten] sammeln. § 87 BetrVG schreibt zwar vor, dass technische Einrichtungen, mit denen die Leistungen von Beschäftigten überwacht werden können, der Zustimmung des Betriebsrats bedürfen. Die Roboter in der Lagerhalle werden aber nicht der Kontrolle wegen eingesetzt, sondern sie sind nur dazu geeignet. Nach jetzigem Gesetzestext sind sie nicht zustimmungspflichtig. Hier besteht Nachholbedarf. In den kommenden Jahrzehnten werden bestimmte Arbeiten durch künstliche Intelligenz und Roboter ersetzt, neue Schnittstellen zwischen Mensch und Technik geschaffen. Für die betroffenen Beschäftigten bedeutet dies, dass ihre Arbeitsplätze wegfallen, ihre Tätigkeit sich verändert oder verlagert. Dies hat Qualifizierung und Weiterbildung ins Zentrum der Aufmerksamkeit von Arbeitgebern wie Belegschaftsvertretungen gerückt. Neben Betriebsvereinbarungen wird dies auch in Rahmenabkommen mit Unternehmen geregelt, die den Veränderungsprozess gemeinsam mit ihren Beschäftigten gestalten und dazu Abkommen abschließen. [...]

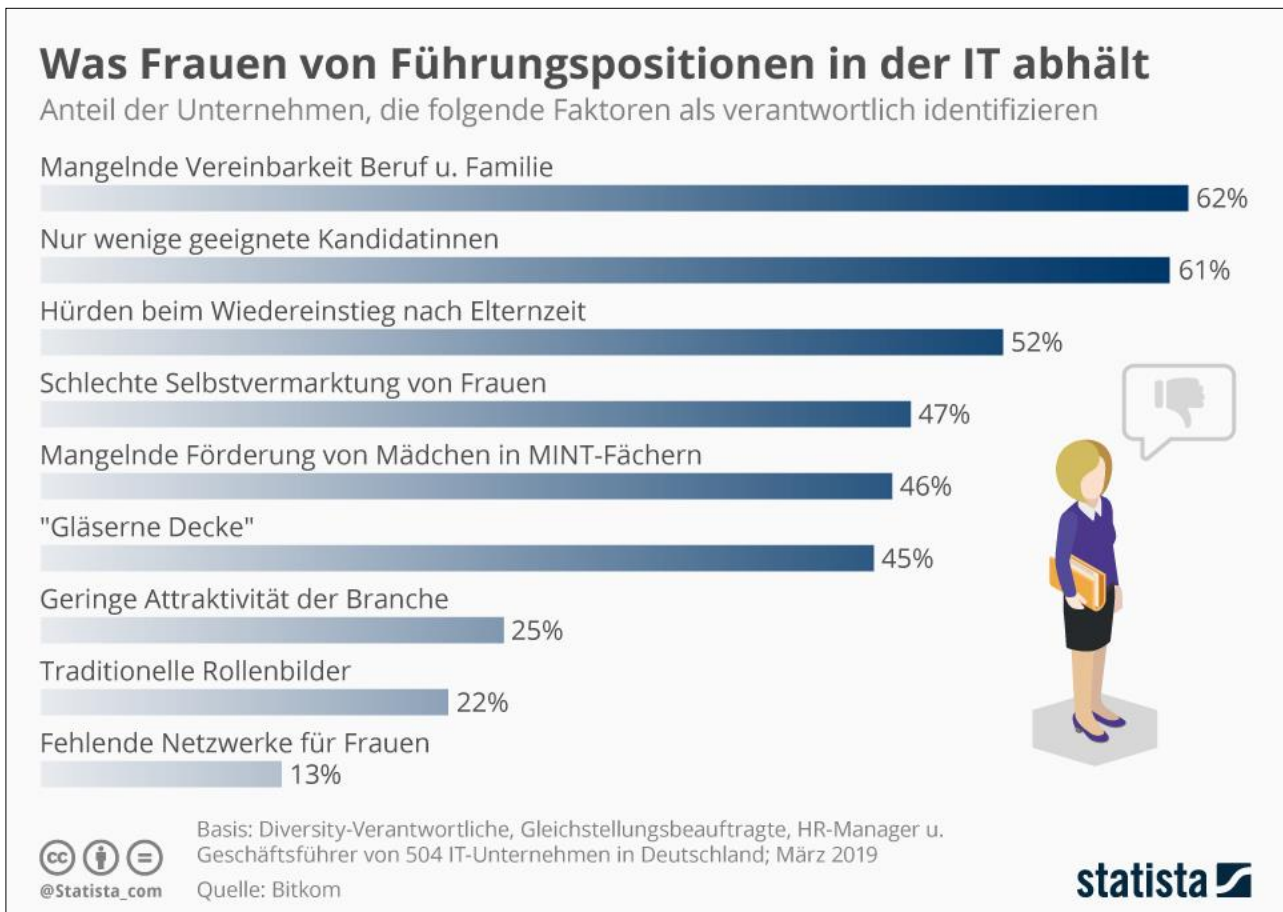
In Deutschland hat der Gesetzgeber die Betriebsräte in Sachen Qualifizierung und Weiterbildung zwar gestärkt. Sie können in bestimmten Fällen eine Einigungsstelle – angesiedelt etwa an einem Arbeitsgericht – anrufen, wenn sie mit Maßnahmen nicht einverstanden sind. Einen Einigungszwang gibt es dabei allerdings auch künftig nicht. Am Ende entscheidet weiter der Arbeitgeber darüber, wer welche Qualifizierungsmaßnahme erhält. Allerdings: Nur 42 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 35 Prozent in Ostdeutschland arbeiten überhaupt in Betrieben mit einem Betriebsrat.

¹ Seit dem 18. Juni 2021 gilt das Gesetz zur Förderung der Betriebsratswahlen und der Betriebsratsarbeit in einer digitalen Arbeitswelt (Betriebsrätemodernisierungsgesetz), zum 15. Oktober 2021 sind die Änderungen der Wahlordnung in Kraft getreten.

Eine neue Herausforderung für die Mitbestimmung sind Unternehmen der Plattformökonomie, etwa Lieferdienste oder Reinigungsfirmen ohne feste Betriebsstätten. Arbeitsverträge werden online heruntergeladen, Arbeitsmaterialien per Post zugestellt und Arbeitseinsätze per App verabredet. Die traditionellen Orte der Mitbestimmung vom Betriebsratsbüro bis zum Schwarzen Brett fehlen.

Heike Holdinghausen: Betriebsräte mit neuer Macht, in: DGB und Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Atlas der digitalen Arbeit. Daten und Fakten über die Beschäftigung der Zukunft, Mai 2022, S. 24-25.

Material 2: Statistik der Plattform Statista.com zu Frauen und Führungspositionen in der IT vom März 2019



Der Begriff HR-Manager meint Human Resource Manager, die Person ist also für die Personalwirtschaft in einem Unternehmen zuständig

Statista: Was Frauen von Führungspositionen in der IT abhält (<https://de.statista.com/infografik/17511/frauen-mangel-in-it-fuehrungspositionen/>, heruntergeladen am 31.01.2023).

IV

INTERNATIONALE KONFLIKTBEARBEITUNG VOR DEM HINTERGRUND DES VÖLKERRECHTS

Prüfungsteil A

- | | BE |
|---|-----------|
| 1 Beschreiben Sie die Rolle von Internationalen Regierungsorganisationen (IGOs) und von international tätigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs)! | 16 |
| 2 Ein wesentliches Tätigkeitsfeld internationaler Organisationen ist die Bewältigung der Folgen von militärischen Konflikten. | 45 |
| 2.1 Ermitteln Sie aus dem ersten Teil des Interviews M 1 (Z. 1-32) die Ausführungen des Völkerrechtlers Matthias Herdegen zum Kriegsbegriff! | |
| 2.2 Arbeiten Sie aus dem weiteren Verlauf des Interviews M 1 (Z. 33-73) die dargestellten Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs heraus! | |
| 2.3 Diskutieren Sie vor dem Hintergrund des „Epochenbruch[s]“ (Z. 27) Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts! | |
| 3 Bewerten Sie die Rolle der Medien als Akteure der internationalen Politik anhand selbstgewählter Beispiele! | 24 |

Prüfungsteil B

- | | |
|---|----|
| 4 Bearbeiten Sie die Ausweitung zu 12/1 <u>oder</u> 12/2! | 35 |
|---|----|

120

Material 1: Interview des Journalisten Raimund Neuß mit dem Völkerrechtler Professor Dr. Matthias Herdegen am 29. Mai 2022 über den russischen Angriff auf die Ukraine

Raimund Neuß: Viele Leute machen sich Sorgen, dass unser Land in den Krieg in der Ukraine sozusagen hineingezogen würde. Aber wann kann man feststellen, dass sich ein Staat mit Russland im Kriegszustand befindet?

5 Matthias Herdegen: Schon seit dem Zweiten Weltkrieg ist die förmliche Kriegserklärung weitgehend außer Gebrauch geraten, wir erleben einen faktischen Beginn von militärischen Konflikten. Ein westlicher Staat wäre unter zwei Voraussetzungen im Kriegszustand mit Russland: Entweder er greift mit eigenen Soldaten unmittelbar in das Kampfgeschehen ein. Das ist keine Option für die Bundesrepublik und die NATO. Die zweite Variante hängt nicht von unserem Willen ab, sondern ausschließlich von dem des russischen Gewalthabers: In dem Augenblick, in dem die russische Führung Ziele in einem NATO-Staat angreift, befindet dieser Staat sich in einem bewaffneten Konflikt mit der Russischen Föderation. [...]

Neuß: Der russische Generalstabschef Valeri Gerassimow spricht aber vom hybriden Krieg. Eine Kriegshandlung wäre es demnach schon, wenn Russland französische Rechtsextremisten sponsert oder wir russischen Bürgerrechtlern helfen.

15 Herdegen: Das ist eine politischen Gründen geschuldete Aufweichung des Kriegsbegriffs, die aber im Recht nicht nachvollzogen wird. Allerdings gibt es wirkliche Grauzonen mit einem militärischen Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren. So war von hybrider Kriegsführung ja schon 2014 im Donbass¹ die Rede. Aber es bleibt dabei: Deutschland wird nur Kriegspartei, wenn es eigene Soldaten einsetzt – das wird nicht geschehen – oder wenn Russland Ziele in Deutschland oder deutsche Soldaten angreift. Dann hätten auch wir einen bewaffneten Konflikt, und dann würde das Kriegsvölkerrecht oder, wie wir heute sagen, das humanitäre Völkerrecht gelten. [...]

Neuß: Seit Jahrzehnten bemüht man sich um gewaltfreie Methoden der Konfliktregelung. Aber ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs wird von Russland einfach ignoriert. Sind solche Institutionen nichts mehr wert?

25 Herdegen: Im Rahmen dessen, was das Gleichgewicht der Mächte erlaubt, haben sie in den letzten Jahrzehnten bei allen Defiziten eine wichtige befriedende Funktion erfüllt, vor allem seit dem Ende des „Kalten Krieges“. Der jetzige Epochenbruch besteht darin, dass ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, eine der drei Großmächte im Weltdirektorium, die internationale Ordnung als Rechtsordnung aufkündigt. Es gab aber früher immer wieder auch von Seiten der USA ein Agieren in rechtlichen Grauzonen, aber man hat sich immer um eine völkerrechtliche Rechtfertigung bemüht, mal mehr, mal weniger überzeugend. Aber Russland sagt sich ganz offen vom Völkerrecht los und erklärt, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs interessieren es nicht.

Neuß: Welche Möglichkeiten hat die internationale Gemeinschaft, um zumindest die Achtung des humanitären Völkerrechts im Krieg durchzusetzen?

35 Herdegen: In der Tat, das Erschreckende liegt nicht nur im Angriff als solchem, sondern auch in der Art der Kriegsführung. Es geht um humanitäre Standards, die zum Teil noch aus dem vorletzten Jahrhundert stammen. Also: Man greift nicht die Zivilbevölkerung des Gegners an, man misshandelt nicht gefangene Soldaten des Gegners. Deshalb liegt im russischen Feldzug ist ein Tabubruch [...]. Das hat auch nichts mit der Rationalität militärischer Vorteile zu tun. Der Kriegserfolg hängt ja nicht davon ab, ob man Gefangene korrekt behandelt oder nicht oder ganze Wohngebiete, Krankenhäuser und Schulen einäschert.

¹ Mit dem Begriff „Donbass“ werden Gebiete bezeichnet, in denen Russland seit 2014 neben konventionellen militärischen Mitteln beispielsweise auch mit irregulären militärischen Einheiten und gezielter Desinformation gegen die Ukraine kämpft.

Neuß: Es gibt nun Versuche, solche Verbrechen zu ahnden. Wir können einen Verdächtigen in Deutschland vor Gericht stellen, ein ukrainisches Gericht hat gerade einen russischen Soldaten zu lebenslanger Haft verurteilt – aber sollte das nicht besser der Internationale Strafgerichtshof tun?

45 Herdegen: Der Internationale Strafgerichtshof ist eigentlich nur subsidiär zuständig. Er wurde durch das Römische Statut für Fälle geschaffen, in denen eine ordnungsgemäße Aufarbeitung solcher Verbrechen im nationalen Rahmen nicht möglich ist. Das könnte auch vor deutschen Gerichten geschehen, so haben deutsche Gerichte einen afghanischen Leutnant wegen Kriegsverbrechen verurteilt. Das kann eine abschreckende Wirkung haben: Soldaten müssen wissen, dass die strafrechtliche Verfolgung zur Realität werden kann. Und wir haben auch die Option, die politische und militärische Führung vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verantwortung zu ziehen. Allerdings hat sich die Russische Föderation nicht dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs unterworfen, aber die Ukraine ist damit einverstanden, dass der Ankläger in Den Haag Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf ukrainischem Territorium untersuchen kann.
50 [...] 55

Neuß: Wenn der Krieg eines Tages zu Ende ist, läge es doch nahe, beschlagnahmtes russisches Vermögen für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden. Geht das?

Herdegen: Die Überlegung liegt nahe. Sie stößt auch in Washington oder Brüssel auf Sympathie. Es geht immerhin um etwa 300 Milliarden € an Zentralbankvermögen und 30 Milliarden an Oligarchenwerten. [...] Das Einfrieren der Vermögenswerte durch westliche Staaten an sich ist doppelt gerechtfertigt: Die Sanktionen unterstützen die Ukraine in ihrem Recht auf Selbstverteidigung. Zudem können wir sagen: Die Aggression Russlands und die russischen Kriegsverbrechen verletzen Pflichten, die ein Staat gegenüber jedem anderen Staat hat. Wir sprechen hier von ganz elementaren Verpflichtungen, die im Völkerrecht gegenüber der gesamten Staatengemeinschaft. Alle Staaten sind dabei in ihren Rechten verletzt und können mit einer Repressalie reagieren, also einer Gegenmaßnahme, die sonst nicht zulässig wäre. Das rechtfertigt das Einfrieren von Vermögenswerten. Aber das Verwerten der Vermögenswerte nach dauernder Einstellung der Feindseligkeiten ist schwerer zu begründen. Man könnte vielleicht argumentieren, die schwere Pflichtenverletzung gegenüber allen anderen Staaten setzte sich in einer Pflicht zur Wiedergutmachung fort, die sich dann durch die Überführung der Vermögenswerte etwa in einen Wiederaufbaufonds realisieren ließe. Das ist allerdings eine heikle Argumentation, und es wird noch schwieriger, wenn es nicht um staatliche, sondern um private Vermögenswerte geht. Aber es lohnt sich, diese besonders graue Grauzone näher auszuleuchten.
60
65
70

Raimund Neuß: „Nicht auf Putins Logik einlassen“, in: Onlineausgabe der Kölnischen Rundschau vom 30.05.2022 (<https://www.rundschau-online.de/news/politik/voelkerrechtler-zum-ukraine-krieg--nicht-auf-putins-logik-einlassen--39717426>, heruntergeladen am 13.07.2023), zu Prüfungszwecken bearbeitet.

Prüfungsteil B: Ausweitungen zu weiterem Halbjahr

Die Schülerinnen und Schüler wählen eine Ausweitung aus, allerdings ist das Schuljahr abgeschlossen, zu dem bereits die Halbjahresaufgabe bearbeitet wurde.

Ausweitung zum Halbjahr 12/1

Aufgabe 1

Verfassen Sie einen Leserbrief, in dem Sie die Überlegungen des Autors Christian Kerl zum Aufbau einer Europäischen Armee bewerten!

Aufgabe 2

Beurteilen Sie, inwiefern sich die EU als einflussreicher Akteur in der internationalen Politik positionieren kann!

In der Zeitschrift des Deutschen Bundestags „Das Parlament“ äußert sich der Journalist Christian Kerl angesichts des Kriegs in der Ukraine zum Vorschlag einer Europäischen Armee

Wenn sich das vereinte Europa im 21. Jahrhundert global behaupten will, braucht es eigene Streitkräfte. Nicht kurzfristig – aber als Teil einer nach außen handlungsfähigen Union ist eine europäische Armee, schnell und verlässlich einsetzbar, auf lange Sicht unverzichtbar. Die heute 27 Armeen in der EU sind zu teuer und ineffizient, ihr gemeinsamer Einsatz ist zu kompliziert: Die EU-Staaten geben jährlich über 200 Milliarden Euro für Verteidigung aus, trotzdem sind die Fähigkeitslücken groß, wie das Afghanistan-Desaster¹ gezeigt hat.

Die PESCO-Initiative², die ersatzweise die Zusammenarbeit der nationalen Armeen verbessern soll, bringt nur lähmend langsame Mini-Fortschritte. Mit einer eigenen, modernen Armee jedoch könnte die EU ihren geopolitischen Anspruch glaubhaft unterlegen und zugleich die Nato, die wichtig bleibt, bei Einsätzen in der Nachbarschaft entlasten. Sicher, für die EU-Staaten wäre es ein einschneidender Verzicht auf Souveränität. Aber ohne nationale Souveränitätseinbußen kann das vereinte Europa seine globalen Ambitionen sowieso nicht einlösen. Wenn Soldaten ihren Eid auf die EU schwören und die EU-Flagge auf der Uniform tragen – das wäre ein Schub für das vereinte Europa und ein Signal an die Welt.

Die Hürden sind hoch, nur schrittweise ist das Ziel erreichbar: Die geplante Eingreiftruppe aus Soldaten der nationalen Streitkräfte könnte die Vorstufe sein, danach wäre eine Cyber-Brigade mit EU-Soldaten die Keimzelle für die neue Truppe. Sie könnte als anfangs 28. Armee zum Beispiel auch ein gemeinsames Raketenabwehrsystem betreiben. Das alles wird dauern. Aber wichtig ist zu wissen, wo man hinwill. Die EU braucht wieder Mut zu großen Zielen.

Christian Kerl: Langfristig planen, in: Das Parlament, Nr.32-33 vom 08.08.2022, S. 2 (https://epaper.das-parlament.de/2022/32_33/index.html#2, heruntergeladen am 16.03.2023).

¹ Der Autor bewertet mit diesem Begriff den Abzug der internationalen Truppen, auch die europäischer Länder, aus Afghanistan im August 2022, der durch das Vorrücken der Taliban in chaotischen Zuständen vor Ort mündete und nur mit Hilfe der US-Streitkräfte überhaupt noch durchgeführt werden konnte.

² Seit 2017 besteht die EU-Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit PESCO (Permanent Structured Cooperation), an der 25 der 27 Mitgliedsstaaten der EU beteiligt sind. Die inzwischen 47 Projekte beziehen sich z. B. auf gemeinsame Rüstungsprojekte oder die gemeinsame Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit.

Ausweitung zum Halbjahr 12/2

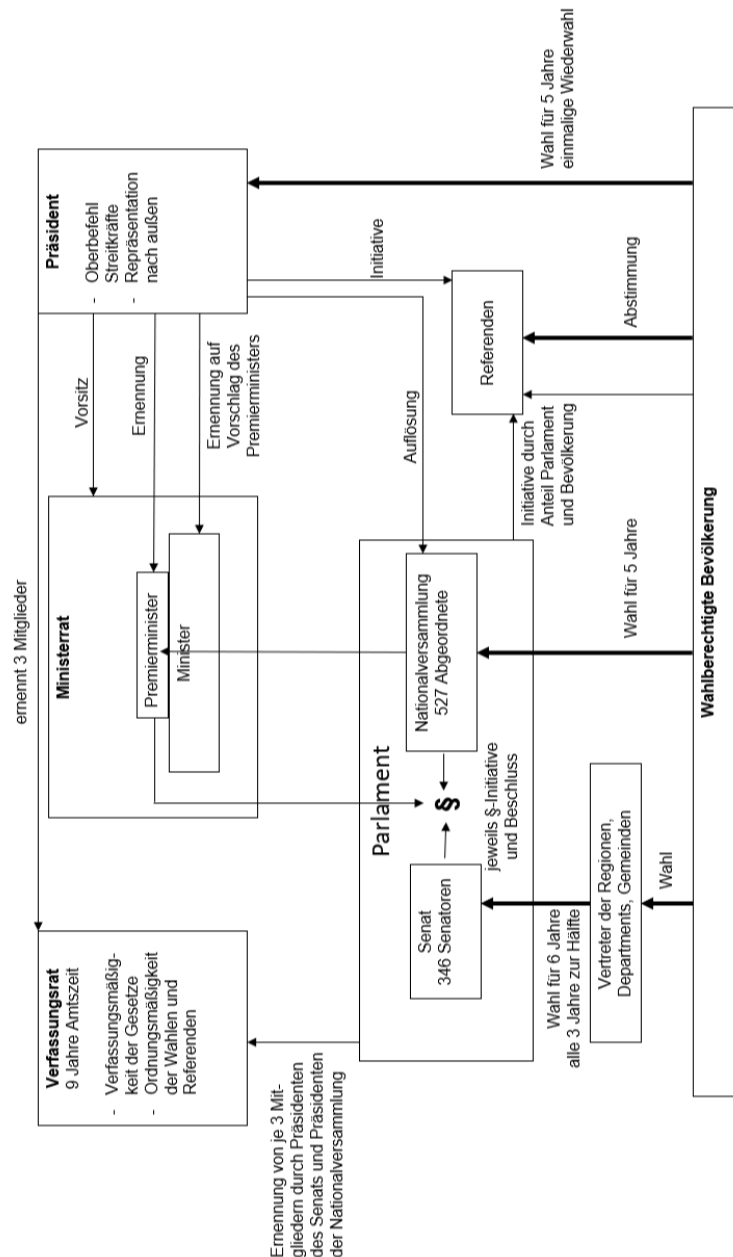
Aufgabe 1

Beurteilen Sie anhand des Verfassungsschemas der Französischen Republik die Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung!

Aufgabe 2

Nehmen Sie zur Umsetzung des Prinzips der Volkssouveränität im politischen System Frankreichs Stellung, indem Sie diese mit der Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland vergleichen!

Verfassungsschema der Französischen Republik



eigene Erstellung auf Basis von Bundeszentrale für politische Bildung: Frankreich (FRA) (<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17500/frankreich-fra/>, heruntergeladen am 13.07.2023).

Ausweitung zum Halbjahr 13/1

Anlässlich des Equal Pay Day¹, der 2022 unter dem Motto „Equal Pay 4.0 – gerechte Bezahlung in der digitalen Arbeitswelt“ stand, erstellt Ihr Kurs eine digitale Pinnwand zum Thema „Gleichberechtigt?! – Männer und Frauen in der modernen Arbeitswelt“. Bei Ihren Recherchen stoßen Sie auf die folgende Karikatur.

Aufgabe 1

Beurteilen Sie ausgehend von einer Analyse, inwiefern die Karikatur für die digitale Pinnwand geeignet ist!

Aufgabe 2

Bewerten Sie, inwiefern die Kernaussage der Karikatur durch die zunehmende Digitalisierung weiterhin Gültigkeit behält!

Karikatur von Pierre Kroll zur Gleichstellung der Geschlechter



Pierre Kroll: Karikatur zur Gleichstellung von Mann und Frau, Belgien 2011.

¹ Der Equal Pay Day, der Tag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, ist ein Aktionstag, der auf die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen aufmerksam machen will.

Ausweitung zum Halbjahr 13/2

Anlässlich des Tags der Menschenrechte am 10. Dezember findet an Ihrer Schule eine Vortragsreihe zum Thema „Menschenrechte weltweit“ statt. Ihnen kommt dabei die Aufgabe zu, einen Vortrag zum Thema „Der Internationale Strafgerichtshof und sein Einsatz für die Menschenrechte“ zu halten. Bei Ihrer Recherche stoßen Sie auf den Bericht über die Ermittlungen gegen den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte.

Aufgabe 1

Verfassen Sie mit Hilfe des Auszugs aus dem Zeitungsartikel einen Vortragstext, in dem Sie ausgehend von den Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofs die Bedeutung seiner Tätigkeit beurteilen!

Aufgabe 2

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch äußert sich auf ihrer Homepage zur Situation auf den Philippinen: „Die Morde an der zumeist verarmten Stadtbevölkerung, zu denen Präsident Duterte und andere hohe Regierungsmitglieder angestiftet haben, können zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit gezählt werden.“

Param-Preet Singh: ICC One Step Closer to Probe of Philippines Murderous 'War on Drugs' (<https://www.hrw.org/news/2021/06/14/icc-one-step-closer-probe-philippines-murderous-war-drugs>, heruntergeladen am 14.05.2023), zu Prüfungszwecken bearbeitet.

Diskutieren Sie ausgehend vom Zeitungsartikel und dem Zitat die Einflussmöglichkeiten nicht-staatlicher Organisationen (NGOs) auf die Durchsetzung der Menschenrechte am Beispiel der Philippinen!

Der Journalist Arne Perras in der Onlineausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 21. Juli 2021 zu den Ermittlungen gegen den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte

Alle 15 Richter waren sich einig, es gab keine einzige Gegenstimme in der gewichtigen Entscheidung, die der Supreme Court in Manila in dieser Woche bekannt gab. Die wichtigste Botschaft daraus lautete: Staatschef Rodrigo Duterte und alle anderen, die mutmaßlich in den umstrittenen Anti-Drogenkrieg seines Landes verstrickt sind, können sich Ermittlungen der Internationalen Strafjustiz nicht entziehen. Manila ist, so urteilt das oberste Gericht des Landes, zur Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag verpflichtet. Das ist ein herber Rückschlag für den 76-Jährigen, dessen sechsjährige Amtszeit 2022 ausläuft, und der bislang darauf setzte, sich den ICC irgendwie vom Hals halten zu können.

Duterte hatte versucht, sich einem drohenden Verfahren dadurch zu entziehen, dass er den Austritt seines Landes betrieb. Er setzte schließlich durch, dass die Philippinen den ICC zum 18. März 2019 verließen. Der Präsident sprach zu jener Zeit von „unverschämten Angriffen“ auf seine Person. Aber wenn er damals hoffte, dass sich die Angelegenheit dadurch erledigen würde, irrte er; das wurde ihm jetzt höchstrichterlich auf 101 Seiten bescheinigt: der ICC behält die Zuständigkeit für alle mutmaßlichen Verbrechen, die von staatlichen Akteuren bis zum 17. März 2019 begangen worden sind. Begonnen hatte der sogenannte Anti-Drogen-Krieg nach Dutertes Sieg 2016. Der frühere Bürgermeister von Davao¹ hatte mit dem Versprechen, Drogendealer und Süchtige gnadenlos zu verfolgen,

¹ Davao ist eine Stadt auf der philippinischen Insel Mindanao.

seinen Wahlkampf befeuert. Diese militante Linie stieß bei vielen Philippinern auf Zuspruch. Experten halten den Kurs für ungeeignet, weil er die Drogenmisere nicht an den Wurzeln angeht und zu schweren Menschenrechtsverletzungen führt.

- 20 Die Entscheidung der philippinischen Richter zum ICC war bereits Ende März gefallen, wurde aber erst am Mittwoch in vollem Umfang öffentlich gemacht. Sie gibt Opferverbänden und Menschenrechtlern Auftrieb, Täter und Drahtzieher der Menschenjagden doch noch zur Rechenschaft zu ziehen und die Straflosigkeit zu durchbrechen. „Dies wird Duterte von nun an wach halten“, erklärte der frühere Senator Antonio Trillanes nach dem Richterspruch, ein bekannter Gegner Dutertes.
- 25 Einen wichtigen Schritt zur juristischen Aufarbeitung hatte noch die scheidende Chefanklägerin in Den Haag, Fatou Bensouda, unternommen, indem sie im Juni formelle Ermittlungen beim ICC in Auftrag gab. Bis heute ist unklar, wie viele Opfer der Anti-Drogen-Krieg gekostet hat. Die Regierung nannte eine Zahl von 5526 „Drogenpersonen“ bis Juni 2019, der Polizeichef zählte zu diesem Zeitpunkt schon tausend Menschen mehr. Die philippinische Menschenrechtskommission schätzte
- 30 schon 2018, dass die Zahl der Opfer durch Polizeirazzien und Jagden der Todesschwadronen bei 27 000 liegen könnte. Und das Töten hat immer noch nicht aufgehört.

Arne Perras: Warum Duterte die Justiz weiter fürchten muss, in: Süddeutsche Zeitung Onlineausgabe vom 23.7.2022 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/icc-rodrigo-duterte-drogenkrieg-menschenjagden-internationale-justiz-1.5361584>, heruntergeladen am 02.07.2023).